

# Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

## Zeitenwende? Friedenstüchtig bleiben!



Bild: Isa Paape 27.02.24 Erlangen Hugenottenplatz

Am 27.02.2022, wenige Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, hielt Bundeskanzler Olaf-Scholz seine Zeitenwende-Rede. Am 27.02.2024 führte das Erlanger Bündnis für den Frieden auf dem Erlanger Hugenottenplatz eine Kundgebung durch unter dem Motto: „Zeitenwende? -Friedenswende! -Friedenstüchtig bleiben!“ Auszug meiner Rede:

Liebe FriedensfreundInnen, ich bin Gerontofachkraft in der stationären Altenpflege und mache mir

große Sorgen um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Finanzminister Lindner schlug kürzlich vor, die Sozialausgaben für drei Jahre einzufrieren, um mehr finanziellen Spielraum für Verteidigungsausgaben zu schaffen.

Dabei ist es jetzt schon so, dass viele Renten trotz 45 Jahren Erwerbsleben deutlich unter dem Existenzminimum liegen. - Also unter 1180 €/Monat.

Fortsetzung Seite 2

## Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Der Wohnungsmarkt in Erlangen gilt als „angespannt“, und das ist noch freundlich ausgedrückt angesichts der realen Misere. Zahlen, Daten und Fakten liefern sowohl der Erlanger *Sozialbericht* (2021) als auch der *Wohnungsbericht* (2022). Ergänzend hierzu ist im vergangenen Jahr nun auch der *Teilhabebericht* (2023) erschienen, eine gemeinsame Arbeit des Sozialreferats und des Organisationsbündnisses „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“.

Der Teilhabebericht wertet vorliegende Daten aus und formuliert Schlussfolgerungen sowie Handlungsmöglichkeiten. Der „Ratschlag für soziale Gerechtigkeit“ steuert dankenswerterweise anonymisierte Interviews mit Betroffenen bei, was der dramatischen Wohnungsnot ein sehr konkretes und erschreckendes Bild gibt. Tausende sind in Erlangen auf der Suche nach passendem Wohnraum – passen sollen Größe, Ausstattung und Lage, aber eben auch die Kosten. Am bedrohlichsten ist die Lage für all diejenigen, deren Einkommen

Fortsetzung Seite 3

### Weitere Artikel im Erlanger Rot:

- Kommunist:Innen aus Bayern Seite 5
- Gegen die AfD Seite 6
- Die grauen Busse Seite 7

- Blumen des Patriarchats Seite 8
- Film ab – Kino bestreikt! Seite 9
- Ukraine und die Kriegsfolgen Seite 10
- Friedensfähig statt kriegstüchtig! Seite 11

- Erlanger Ostermarsch - Friedenstüchtig bleiben! Seite 12
- Wichtige Adressen und Informationen Seite 12

Fortsetzung v. Seite 1: Zeitenwende...

Davon kann man bei der zur Zeit herrschenden Inflation, sowie den hohen Energie-, Lebensmittel- und Mietkosten gerade in Großstädten wie Erlangen kaum menschenwürdig leben. Eine Teilhabe am öffentlichen Leben ist fast unmöglich. Falls unsere RentenbezieherInnen nach einem Schicksalsschlag pflegebedürftig wird, übersteigen die Kosten für einen Pflegeheimplatz das Existenzminimum um ein Vielfaches. Selbst Menschen, die ursprünglich recht gut verdient haben, geraten in Geldnot!

Ja, es gibt in Deutschland noch ein soziales Netzwerk, wie lange trägt es noch wirklich, wenn es zugunsten der Verteidigungsausgaben weiter ausgedünnt wird.

### **Ich mache mir große Sorgen um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.**

Dabei blicke ich zurück auf das Jahr 1998, die Hoffnungen auf einen Politikwechsel nach der Kohl-Ära, die auch ich einst in SPD und Grüne gesetzt hatte. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass die kommenden Regierungen;

- einen Angriffskrieg ohne UN-Mandat gegen Rest-Jugoslawien führen, und deutsche Flugzeuge nach dem Zweiten Weltkrieg jemals wieder Städte im Ausland bombardieren.
- mit einer sogenannten Arbeitsmarktreform den Leiharbeits- und Niedrigstlohnsektor massiv und auf alle Branchen ausweiten,
- dass die öffentliche Daseinsfürsorge für die Gesundheit zur Ware wird und nahezu alle Institutionen darum auf wettbewerbsfähigkeit getrimmt, schliessen oder privatisiert werden.
- In vielen Kliniken diejenigen Kolleg:Innen, die nicht direkt mit der ärztlichen und pflegerischen Versorgung zu tun hatten, in sogenannte

Servicegesellschaften ausgliedern (Siehe KSG)

Für die KollegInnen in der Küche, der Reinigung, der Wäscherei und Haustechnik galten oft sehr viel schlechtere Tarife, gar kein Tarifvertrag, oft allenfalls der Mindestlohn.

Wie war doch der Aufschrei plötzlich groß, als während der Corona-Krise allorts Intensivstationen und Krankenhausbetten fehlten. Es fehlten natürlich die Pflegefach- und Hilfskräfte. Plötzlich waren wir angeblich systemrelevant.

Bei manchen regte sich gar die Hoffnung, dass die Bedingungen für die KollegInnen in der Pflege nun seitens der Politik ernsthaft verbessert würden.

Ich erlebe allerdings zur Zeit, dass die Fachkraftquote in der stationären Altenpflege bundesweit angeglichen wird. Die Fachkraftquote wird gesenkt, da man sich am niedrigsten Standard in der BRD orientiert.

Die speziellen Aufgaben einer Pflegefachkraft werden auf immer weniger Köpfe verteilt, oder an Hilfskräfte übertragen.

Gleichzeitig sollen viele Einrichtungen der gesundheitlichen Nah- und Grundversorgung, Krankenhäuser auf dem Land geschlossen werden, weil man eine weitere „Subventionierung“ unter anderem als „Wettbewerbsverzerrung“ sieht.

Es wird zur Zeit bei fast allen notwendigen Investitionen, von der Sicherung der Renten, dem ÖPNV-Ausbau/Preisen, dem Gesundheitswesen, dem ökologischen Umbau, .... stets gerne mit der sogenannten Schuldenbremse argumentiert. Bei der Steigerung der Militärausgaben hat man die Schuldenbremse natürlich deaktiviert!

Bei 73,41 Milliarden Dollar und damit bei rund 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukt liegen die Verteidigungsausgaben 2024

(ohne Sondervermögen). Sie liegen damit seit 1992 erstmals wieder über 2% des BIP, bei dem die NATO, deren Führungsmacht USA fordert.

Zur Zeit wird unter anderem über ein sogenanntes Demokratiestärkungsgesetz debattiert. Ich fände es daher sehr demokratisch, wenn ich künftig direkt mitentscheiden dürfte, ob die BRD dem Kriegsbündnis NATO weiterhin angehört. Ich kann nämlich zur Zeit nur sehr indirekt darauf Einfluss nehmen. Ich konnte allenfalls hoffen, dass das Wahlversprechen, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, nach der Wahl auch eingehalten würde.

**Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht dass ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.  
Die Stimme die sie kommandiert  
Ist die Stimme ihres Feindes.**

**Der da vom Feind spricht  
Ist selber der Feind.**

(Bertold Brecht)

Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt mache ich mir auch angesichts des Erstarkens von faschistischen und rassistischen Parteien und Organisationen in Deutschland. Ja es macht Mut, dass zur Zeit bundesweit hunderttausende Menschen dagegen auf die Straße gehen, auch in vielen kleineren Orten in der Region. Aber leider muss ich etwas Wasser in den Wein gießen, denn ich habe teils an ähnlich großen Demonstrationen nach den faschistischen Attentaten von z.B. Mölln, NSU, Lübke, ... erlebt. Immer wieder prominente Politiker an der Spitze mit dem Versprechen der schonungslosen Aufklärung.

Aber wie soll das funktionieren, wenn man gleichzeitig stur an einem Wirtschaftssystem festhält, dass nur davon lebt, dass die unteren Klassen gegeneinander ausgespielt werden, der Erwerblose gegen den Arbeits-Migranten, die Geflüchteten gegen RentenbezieherInnen, ...  
Aber wie soll das funktionieren, wenn man sich als Staat selbst eine mörderische Ausgrenzungs- und Abschottungspolitik gegenüber Menschen an den EU-Außengrenzen betreibt.

**Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg! Das ist und bleibt die richtige Losung.**

Nie wieder ist jetzt! Nie wieder heißt auch, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1948 für alle Menschen auf dieser Erde gilt!

Damals wie heute wohl eher dies:

**Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren**

M.B.

Fortsetzung:

## Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

nicht ausreicht, sich am sogenannten freien Wohnungsmarkt zu bewerben. Diese Menschen sind angewiesen auf sozial geförderte Wohnungen. Von den 64.000 Wohnungen in Erlangen sind nur etwa 4.000 Sozialwohnungen. Und es werden jedes Jahr weniger, da ein großer Teil der Wohnungen zwar mit staatlichen Fördermitteln errichtet wurde, sich aber in privater Hand befindet. Nach Ablauf einer gewissen Anzahl an Jahren erlischt die Sozialbindung, d. h. die Mietpreise sind dann nicht mehr gedeckelt, sondern der Vermieter kann sie entsprechend

dem „freien Wohnungsmarkt“ festlegen. Hier haben wir schon den ersten **Systemfehler**: Mit öffentlichen Geldern werden nur kurzfristige Sozialbindungen erkaufte, anstatt in dauerhaften Sozialwohnungsbau zu investieren. Im Ergebnis erhält man dann (relativ teure) Wohnungen, die vorübergehend einer sozialen Nutzung dienen, um nach Ablauf der Sozialbindung Gewinn bringend als Immobilie verwertet zu werden. Dabei ist der Bedarf an sozial leistbaren Wohnungen riesig. Familien, Alleinerziehende und andere Mehrpersonenhaushalte

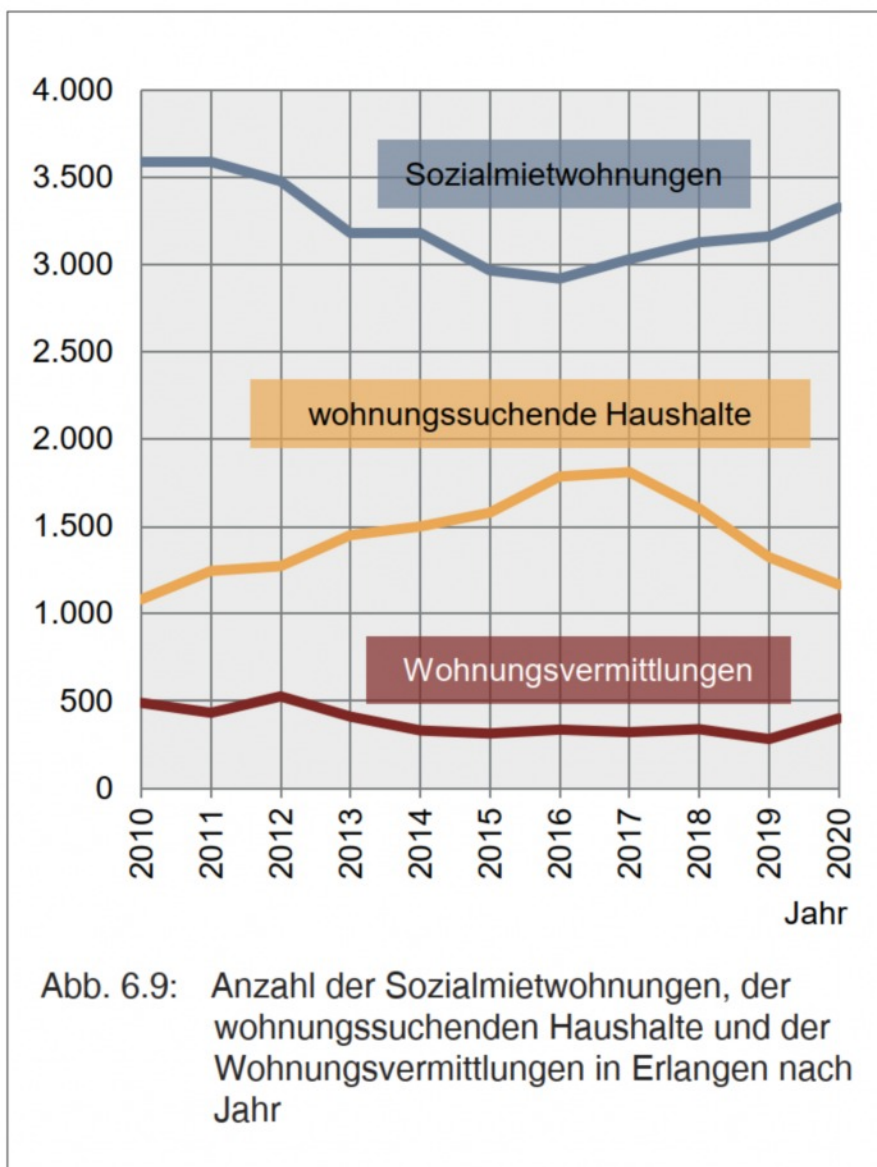


Abb. 6.9: Anzahl der Sozialmietwohnungen, der wohnungssuchenden Haushalte und der Wohnungsvermittlungen in Erlangen nach Jahr

Trotz angeblicher Verbesserungen liegt die Anzahl der Sozialwohnungen noch immer weit unter dem Stand von 2010.

Abbildung aus Sozialbericht

Abbildung 20: Sozial geförderte Mietwohnungen 2015 bis 2021



(Quelle: Sozialamt)

Traue keiner Statistik, die du nicht selbst erstellt hast: Im Jahr 2010 waren es noch 3.600 Wohnungen, siehe Sozialbericht.

stellen mehr als die Hälfte der Mieter:innen in Erlanger Sozialwohnungen. Allerdings wächst auch die Zahl der alleinstehenden Mieter:innen stark an, darunter immer mehr ältere Menschen, deren Rente nicht armutsfest ist. Von dieser Problematik sind Frauen um ein Vielfaches stärker betroffen als Männer. Die Wohnung suchenden Haushalte (!) liegen seit Jahrzehnten konstant über 1.000. Studierende mit BaFöG-Anspruch erhalten in der Regel keinen Wohnberechtigungsschein, sind hier also gar nicht mitgezählt. Im Verhältnis zum Bedarf ist die Vermittlungsquote von etwa 500 Wohnungen pro Jahr erschreckend gering. Die Folgen sind zunehmende und sich verfestigende Wohnungslosigkeit unter Erlanger Bürger:innen. Ein Teil wird in so genannte „Verfügungswohnungen“ gewiesen. Das sind Wohnungen, die den heute üblichen Standard unterschreiten und „eigentlich“ nicht vermietet werden können. Im Interview beschreibt ein Betroffener die Zustände dort „schlimmer als 9 qm Asylzimmer“. Derzeit befinden sich etwa 270 Menschen in Verfügungswohnungen – mit relativ geringer Aus-

sicht, dort schnell herauszukommen. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt mittlerweile mehr als drei Jahre! Wer nicht in einer solchen Wohnung unterkommt, sitzt auf der Straße. Die faktische Obdachlosigkeit aber wird in Erlangen nicht erfasst. Diese Zustände sind kein Versehen, sondern **Systemfehler**: Wohnen ist in der Bundesrepublik kein Menschenrecht. Selbst ein geringes Einkommen und der entsprechende Wohnberechtigungsschein gewährleisten noch lange nicht, dass frau auch eine Wohnung erhält. Aus einem marktwirtschaftlich organisierten

Wohnungsbau erwachsen menschenunwürdige Zustände mitten in unserer Stadt. Von den ganz großen auf dem privatisierten Wohnungsmarkt findet sich in den Berichten keine Zeile: Siemens AG (Verkauf der Werkswohnungen), Patrizia SE (Vermarktung der ehemaligen GBW-Wohnungen), Danowia. Reden wir über Mietkosten. Während die kommunale GeWoBau in Sozialwohnungen derzeit noch einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von ca. 6 Euro halten kann, verlangen Patrizia SE und Danowia bei Neubauwohnungen bis zu 16 Euro! Bei solchen Preisen steigt der Druck auf den Sozialwohnungsbereich noch stärker. Diesen **Systemfehler** wollen die Berliner:innen beseitigen: Sie haben in einem Volksentscheid die Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne gefordert. Noch bevor sich in Erlangen eine ähnlich starke Mieter:innenbewegung für bezahlbare Wohnungen einsetzt, hat das oberste 1 % der Stadtbevölkerung schon mal Mauern hochgezogen. An Burgberg und Rudelsweiher entstehen immer mehr *Gated Communities*. Dabei handelt es sich um geschlossene, elektronisch gesicherte Wohnkomplexe für die Reichen. Vermögende errichten Parallelgesellschaften und demonstrieren, dass ihnen der Rest der Welt scheißegal ist.



# Kommunist:innen aus Bayern

**In lockerer Folge stellen wir bedeutende Persönlichkeiten aus KPD und DKP vor, die zumindest teilweise ihr Leben in Bayern verbracht haben und als Kommunist:innen aktiv waren.**

Georg Klaus, Bahnbrecher in der Kybernetik

**Georg Klaus wurde am 28.12.1912 in einer Nürnberger Arbeiterfamilie geboren.** Sein Vater war Eisengießer. Als begeisterter Schachspieler wurde er mit 16 Jahren Mitglied im Arbeiterschachklub Nürnberg und schrieb für die „Fränkische Tagespost“ die *Schachchecke*. Zu dieser Zeit war er auch schon aktiv in der Jugendarbeit der KPD. 1932 begann er ein **Studium der Mathematik, Physik und Philosophie in Erlangen**. Er wurde Mitglied der KPD und übernahm leitende Aufgaben. Die nach dem Verbot der KPD illegalen Widerstandsaktionen wurden ihm schon im Oktober 1933 zum Verhängnis. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde er in Nürnberg verurteilt und saß im dortigen Zuchthaus zwei Jahre Einzelhaft ab. Überstehen konnte er diese Tortur auch mithilfe von Schachpartien, die er in Gedanken durchspielte. Nach Verbüßung der Haft verschleppten ihn die Faschisten noch für drei Jahre ins Konzentrationslager Dachau. 1939 kam er endlich wieder nach Hause, durfte allerdings sein Studium nicht mehr fortsetzen. Er **arbeitete bei den Firmen Faber-Castell und Schwan-Bleistift**, bis er 1942 zur Wehrmacht eingezogen wurde. An der Ostfront wurde er schwer verwundet. Nach Kriegsende übernahm er in Thüringen verschiedene Aufgaben, zunächst als Verlagsleiter, später als Sekretär der Landesleitung der SED. Ab 1947 konnte er in Jena sein Studium fortsetzen und abschließen. Er ließ sich nun endgültig in der DDR nieder.



Georg Klaus wurde Wissenschaftler und Philosoph, dessen wesentliche Arbeitsgebiete mathematische Logik, Kybernetik und Semiotik wurden. Wir leben heute in einer immer mehr digitalisierten Welt, in einer „**Cyber-World**“. Wie weit die wissenschaftlichen und philosophischen Überlegungen zurückreichen, wie viele technische Entwicklungen notwendig waren, um Roboter in der Automobilproduktion, Scanner-Geräte für Paketboten oder Smartphones für alle und jeden zu ermöglichen, ist heute kaum mehr vorstellbar. Georg Klaus aber gehörte zu den Bahnbrechern der Kybernetik in der DDR und erreichte mit seinen Gedanken zu Rechen- und Steuerungstechnik, zur Logik, zu Informations- und Medientheorien weltweit Bedeutung. Für Georg Klaus als Kommunist aber stand fest, dass er die Welt nicht nur theoretisch erklären oder technisch optimieren wollte. Es ging ihm darum, die Welt zu verändern, sie zu einem den Menschen freundlichen Ort zu machen. Nachdenken und Handeln, Theorie und Praxis gehörten für ihn untrennbar zusammen. Der Computer sollte ein Instrument sein zur Entwicklung einer

demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.

*„Nun betreiben wir Wissenschaft letztlich zwar immer, um die Welt zu verändern, aber vom wissenschaftlichen Theorem zum tätigen Handeln führt oft ein weiter theoretischer und praktischer Weg. Die Kybernetik hingegen ist von vornherein als eine Wissenschaft des Handelns, der Veränderung der Welt entstanden.“* (Georg Klaus)

Im akademischen Bereich gab es allerdings von Anfang an auch Kritik und Widerstand gegen die Kybernetik. Sie galt vielen als „westliche Ideologie“. 1971 kehrte sich dann auch die SED-Parteileitung offiziell von der Kybernetik ab. Georg Klaus war bereits schwer krank und konnte sich kaum noch einsetzen für eine Weiterentwicklung von Automatisierung und Robotik in der DDR, resignierte aber nicht. Als Marxist war Georg Klaus überzeugt davon, dass eine kommunistische Partei, die sich die Überwindung der Klassengesellschaft zum Ziel gesetzt hat, nicht *„irgendwelche gesellschaftlichen Tatsachen ideologisch bzw. philosophisch zu verschleiern“* suchen sollte, sondern **„die volle gesellschaftliche Wahrheit aufzudecken ... Und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche besonderen Interessen.“** Älteren Generationen und marxistisch Interessierten könnte noch das bekannte »Philosophische Wörterbuch« im Gedächtnis sein, das Georg Klaus gemeinsam mit Manfred Buhr herausgegeben hat, und das von 1968 bis 1987 14 Auflagen erlebte.

**Georg Klaus starb im Alter von 61 Jahren am 29. Juli 1974 in Ostberlin.**

Aus Anlass des 50. Todestags bereiten wir eine Veranstaltung vor. Ankündigung erfolgt im nächsten Erlanger Rot und auf unserer Homepage.

# Gegen die AfD



Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Tagen ist von verschiedenen Seiten immer wieder geäußert worden: Ein Verbot der AfD bringt doch nichts, ist nicht durchsetzbar, die AfD muss politisch bekämpft werden. Mit der politischen Bekämpfung bin ich vollkommen einverstanden. Aber was heißt das konkret? Da muss doch in wesentlichen Bereichen unserer Gesellschaft eine Politik durchgesetzt werden, die dem Rechtsextremismus die Stirn bietet, die Menschenfreundlichkeit, gleiche Rechte für alle, Frieden, Gesundheit, gutes Wohnen und gute Arbeit voranstellt. Für mich bedeutet das zum Beispiel, dass Verfolgten Schutz gewährt wird, auf jeden Fall, und hier. Dass es keine Geflüchteten

erster und zweiter Klasse gibt. Dass die Menschen nicht nach ihrer Nützlichkeit im Lohnerwerb aussortiert werden. Das ist doch uns, unserer Geschichte und diesem Land unwürdig. Macht die Grenzen auf für Menschen, für Friedensinitiativen und für Diplomatie! Und schließt endlich die Grenzen für Waffen und Kriegsmaterial! Für mich bedeutet das zum Beispiel, dass nicht milliardenschweren Konzernen ohne jede Gegenleistung noch weitere Milliarden in den Rachen geworfen werden, sondern die sozialen Sicherungssysteme endlich armutsfest ausgebaut werden. Nicht Intel Corporation benötigt 10 Milliarden für eine Chip-Fabrik in Magdeburg! Die Kinder benötigen das Geld, um

aus der Armutsfalle herauszukommen! Für mich bedeutet das zum Beispiel, dass endlich der Niedriglohnsektor wirksam ausgetrocknet wird, dass Leiharbeit verboten wird, und Tarifverträge allgemeinverbindlich anerkannt werden. Das sind wichtige Grundlagen für gleiche Rechte am Arbeitsplatz – für Männer, Frauen und diverse Kolleginnen und Kollegen, für Beschäftigte aus unterschiedlichsten Kulturen und verschiedenen beruflichen Qualifikationen! Nicht die Industrie, nicht Biontec, Bayer, Continental, Siemens und andere benötigen subventionierte Strompreise! Wir brauchen alle gleiche Rechte am Arbeitsplatz, Löhne und Arbeitsbedingungen nach Tarif. Das ist eine tragfähige Grundlage für Solidarität und besser als alle noch so gut gemeinten Appelle. Wer soll das durchsetzen? Ich hoffe, wir alle. Ich hoffe, auch die Gewerkschaften, auch die IG Metall. Eben wir alle. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn auch Politik und Generalstaatsanwaltschaften juristisch dem menschenverachtenden, Völker verhetzenden und asozialen Treiben der AfD ein Ende setzen würde. Das stärkt uns doch den Rücken!

Isa Paape



Mit über 400 Schülerinnen und Schülern gingen die Aktionen und Kundgebungen gegen die AfD in Erlangen am Freitag 22.3.24 erfolgreich weiter.

Veranstalter waren die Schülermitverwaltungen Erlanger Schulen.



Bilder: Werner Lutz

# Das Denkmal der Grauen Busse in Erlangen



Das „Denkmal der grauen Busse“ erinnert an die Transporte von Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in die Tötungsanstalten während des Faschismus. Die Künstler Horst Hoheisel und Andreas Knitz haben dieses Mahnmal 2006 für das Zentrum für Psychiatrie Die Weissenau bei Ravensburg geschaffen. Ein in Originalgröße in Beton gegossener Bus des gleichen Typs, wie er in den Jahren 1940 und 1941 von den Pflegeanstalten zu den Vernichtungslagern fuhr, erinnert an den Massenmord. Dem Denkmalbus eingeschrieben ist das Zitat: „Wohin bringt Ihr uns?“, die überlieferte Frage eines Patienten.

Seit Januar steht das „Denkmal der grauen Busse“ in Erlangen am Hugenottenplatz bis Ende des Jahres 2024.

In Erlangen wurden die über 900 Patienten, die in die Tötungsanstalten gebracht wurden, allerdings nicht mit Bussen dorthin transportiert, sondern mit der Bahn.

Dennoch steht dieses Denkmal symbolisch für die Erinnerung an die Krankenmorde durch Vergasung in der Zeit von 1940-1941.

Der so genannten „Euthanasie-Aktion“ der Nationalsozialisten fielen während des Zweiten Weltkriegs mehr als 300.000 psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen zum Opfer. Sie galten als „lebensunwert“. Allein in den staatlichen Heilanstalten starben bis Kriegsende mindestens 90.000 Patienten durch Hunger und schlechte Versorgung oder sie wurden mit Medikamenten ermordet. Mehr als 70.000 Männer, Frauen und Kinder wurden 1940/41 in der Geheimaktion „T4“ in sechs Vernichtungsanstalten vergast. In der Tiergartenstraße Nr. 4 in Berlin (daher die Abkürzung „T4“) wurde der Massenmord zentral organisiert.

Die Vernichtungsanstalten waren Grafeneck, Brandenburg,

Bernburg, Hartheim bei Linz, Sonnenstein und Hadamar. Das Personal dieser Tötungsanstalten arbeitete später in den Vernichtungslagern von Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Belzec. Es gibt kaum eine größere Gemeinde in Deutschland, in welcher nicht Opfer des organisierten Krankenmordes zu beklagen sind. Psychisch Kranke und behinderte Menschen waren die ersten Opfer eines systematischen, von langer Hand vorbereiteten Ausrottungsplans, der sich gegen Kranke, arbeitsunfähige und daher als „nutzlos“ denunzierte oder vom NS-Regime als rassistisch minderwertig Verleumdete richtete.

# Blumen des Patriarchats



Und da waren sie wieder, pünktlich zum **Internationalen Frauentag am 8. März**: all die guten Wünsche und Ratschläge der Unternehmensleitungen für die von ihnen diskriminierten Beschäftigten. Mit einem strahlenden Lächeln empfiehlt eine leitende Angestellte per Email „Coachings in Leadership“, dabei ist das jüngste Qualifizierungsprogramm mal wieder nur mit männlichen Kollegen besetzt worden. Eine der wenigen weiblichen Mitglieder des Konzernvorstands weist auf eine Online-Veranstaltung hin mit Tipps zur Gesunderhaltung meiner Psyche, denn an eine Reduzierung der unmenschlichen Arbeitslast ist ganz offensichtlich nicht gedacht. Mit penetranter Fröhlichkeit wird den Frauen vermittelt, sie müssten nur ein wenig an ihrem „personal development“ arbeiten, dann würde das schon werden mit der Überwindung der über Jahrhunderte währenden Benachteiligung. Völlig befreit von jedem persönlichen Verantwortungsgefühl für die Personalsituation im Unternehmen klopfen sich Vertreterinnen des mittleren und oberen Managements in Postings gegenseitig auf die

Schulter ob ihrer Karriereschritte und loben „Diversity“ und Chancengleichheit über den grünen Klee.

Während den Gewerkschaften bis heute das digitale Zugangsrecht zu den Beschäftigten mit Verweis auf die Eigentumsrechte an Email-Programmen verwehrt wird, die IG Metall also nicht einmal ihre Mitglieder erreichen kann, haben Konzernvorstände offensichtlich den Frauentag für die Verbreitung ihrer subtilen Botschaften entdeckt. Nicht nur per Email, sondern in einigen Betrieben auch real werden obendrein noch Rosen verteilt an die weiblichen Beschäftigten – von der Personalabteilung.

Der betriebliche Alltag allerdings ist geprägt von Diskriminierung und schlechten Arbeitsbedingungen: Da werden soziale Leistungen zurückgefahren und sogar KiTas geschlossen; nach wie vor gehört die Verteilung der Entgelte nach Geschlechtern dem Entgelttransparenzgesetz zum Trotz zu einem der bestgehüteten Geheimnisse im Unternehmen; Kolleginnen werden zu

Personalgesprächen gebeten, weil sie wegen Erkrankung des Kindes zu oft gefehlt hätten; nicht zuletzt werden interessante Aufgaben regelmäßig eher männlichen Kollegen übertragen als ihren hochqualifizierten Kolleginnen. Grüße aus der Personalabteilung zum Internationalen Frauentag sollen uns dazu motivieren, den Fehler nicht im System, sondern bei uns persönlich zu suchen. Erfreulicherweise nehmen aber immer weniger Kolleginnen die Zumutungen schweigend hin. Wir werden mutiger und auch wieder selbstbewusster. Weniger angreifbar aber werden wir nur im gemeinsamen solidarischen Engagement für eine längst fällige Veränderung der betonierten Verhältnisse. In einer Gewerkschaft, deren Funktionärinnen uns nicht länger nur zutexten, sondern anfangen, uns zuzuhören und aktiv zu unterstützen.

Ich habe wunderbare Kolleginnen, auch und vor allem in der IG Metall. Wir werden die Blumen des Patriarchats zurückweisen und gemeinsam den Beton aufbrechen. Für gleiche Rechte, Brot und Rosen!  
Isa Paape





# Film ab: Kinobeschäftigte streiken für 14 Euro Einstiegslohn – auch in Erlangen!



**In den Tarifverhandlungen für die Kinobeschäftigten der großen Kinoketten CinemaxX, CineStar und UCI fordert ver.di einen deutlich höheren Einstiegslohn und eine entsprechende Lohnentwicklung. Da die Verhandlungen nicht entscheidend vorankommen, streiken die Kinobeschäftigten jetzt**

Auch sie machen den Kinoabend besonders – die Beschäftigten an der Kasse, am Tresen, in der Technik und im Saal. Ab und zu eine Kinofreikarte, Rabatt auf Produkte an den Erfrischungstheken, freie Getränke im Pausenraum – damit und ähnlichem versuchen Deutschlands großen

Kinobetreiber ihren Beschäftigten ihre Arbeit mit dem Gefühl eines unvergesslichen Abends mit großem Kino schönzurechnen. Nur – die Rechnung geht nicht auf: In den Tarifverhandlungen für die insgesamt rund 4.000 Kinobeschäftigten der drei großen Kinobetreiber CinemaxX, CineStar und UCI fordern ver.di und die Beschäftigten ab dem 1. Januar 2024 einen Einstiegslohn von 14 Euro.

## **Erste Warnstreiks und Protest auf der Berlinale**

Da auch nach zwei Verhandlungsrunden nur wenig Bewegung in die Tarifrunde gekommen ist, sind die Beschäftigten bundesweit in den Warnstreik getreten.

Aufgerufen zum Streik sind Beschäftigte der Kinokonzerne CinemaxX und CineStar an Kinostandorten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Den Auftakt zum Streik machten die Kinobeschäftigten am 15. Februar mit Unterstützung vieler Filmschaffender zur Eröffnung der Berlinale, dem größten internationalen Filmfestival in Deutschland, mit einer lautstarken Protestaktion zum ersten Union Day vor dem Roten Teppich am Potsdamer Platz.

Werner Lutz

# Ukraine und die Kriegsfolgen



Youtube Screenshot vom Vortrag: *Ukraine – Kriegsfolgen – Prof. Sabine Schiffer, Oberstleutnant Ralph Bosshard & Dr. Hannes Hofbauer*

Ukraine und die Kriegsfolgen *Kriegsfolgen – Wie der Kampf um die Ukraine die Welt verändert*, so lautet der Titel eines erst im vergangenen Jahr in Österreich veröffentlichten Sammelbands, herausgegeben von Hannes Hofbauer und Stefan Kraft. Die „Fassungslosigkeit über den kriegslüsternden Zustand unserer Medienverantwortlichen und Politiker“ hat die beiden Verleger nach eigener Aussage dazu motiviert, eine kritische Autorenschaft aus Wissenschaft, Militär, Medien und Bewegungen zu versammeln. Untersucht werden vier Themenfelder: zunächst die Vorgeschichte dieses „seit 1945 schlimmsten Kriegs in Europa“ (Hofbauer), die mit dem Kriegsgeschehen in Zusammenhang stehende politische Rechtsentwicklung, die Entfremdung zwischen West und Ost sowie die Medien als eine der treibenden Kräfte in diesem Konflikt. Einen interessanten Einblick in diese Debatten liefert auch ein im Januar 2024 geführtes Gespräch zwischen

Prof. Dr. Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung, Berlin) und Ralph Bosshard (Militärstrategie, Oberstleutnant im Generalstab i.R. der Schweizer Armee) mit Hannes Hofbauer (Promedia Verlag, Wien). Ralph Bosshard liefert kenntnisreich Einschätzungen zu möglichen militärischen Absichten und Plänen Russlands und der Ukraine. Er benennt mögliche Gründe für das Scheitern des Minsker Abkommens und äußert sich zu möglichen Szenarien einer Beendigung des bewaffneten Konflikts. Der Abgleich nachrichtendienstlich gewonnener Lagebilder aus Ost und West ergäbe ein erstaunlich übereinstimmendes Bild. Im Missverhältnis dazu stünden die oftmals (innen-) politisch motivierten Regierungsverlautbarungen. Die weit über europäische Medien hinausgehende Analyse von Sabine Schiffer ergibt ein Besorgnis erregendes Bild der Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt und seine Vorgeschichte. Bis hinein in öffentlich-rechtliche

Sendeanstalten werden eher Regierungspositionen dargestellt als diese kritisch zu hinterfragen. Abteilungen für „Strategische Kommunikation“ beim Militär mit Einfluss auf die Versorgung der Medien mit Informationen sowie „embedded journalism“ in Kriegsgebieten stellen eine enorme Beeinträchtigung dar für unabhängige Berichterstattung. Welche Veränderungen sich andeuten sowohl in der medialen Darstellung als auch bezüglich der militärischen Lage, wird mit Blick auf mögliche Szenarien einer Beendigung des bewaffneten Konflikts betrachtet. Empfehlenswert: Das gut einstündige Gespräch wurde aufgezeichnet und ist auf youtube zu sehen unter dem Titel „Ukraine – Kriegsfolgen – Prof. Sabine Schiffer, Oberstleutnant Ralph Bosshard & Dr. Hannes Hofbauer“.

**NÜRNBERGER  
FRIEDENS  
FORUM**



**Ostermarsch  
2024**

## **Friedensfähig statt kriegstüchtig**

Zahlreiche Kriege und militärische Auseinandersetzungen erschüttern aktuell die Welt. Der russische Einmarsch in die Ukraine wird zu einem Stellungskrieg. Täglich sterben Soldaten sinnlos in den Schützengräben und Zivilpersonen in ihren Häusern.

Das Pulverfass im Nahen Osten droht durch ständige gegenseitige Vergeltungsmaßnahmen zu explodieren. So reagiert die Israelische Regierung auf den von der Hamas angeführten Anschlag mit einer neuen Dimension der Gewalt, ohne Rücksicht auf die palästinensische Zivilbevölkerung. Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat deswegen eine Klage gegen Israel wegen mutmaßlichem Genozid angenommen.

Bedrohlich zeichnet sich eine Eskalation des Konflikts des Westens mit China am Horizont ab.

Anstatt nun auf Deeskalation zu setzen, möchte Minister Pistorius, offiziell für Verteidigung zuständig, unser Land „kriegstüchtig“ machen. Demnach wird Deutschland dieses Jahr 85 Mrd. Euro – über 1000 € pro Einwohner – für Rüstung ausgeben. Die Waffenexporte haben ein Rekord-Volumen erreicht. Bei den Aktionären der Rüstungskonzerne knallen die Sektkorken.

Die aktuelle Hochrüstung erzwingt gravierende Einschnitte in staatliche Aufgaben: Das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Infrastruktur, der soziale Wohnungsbau sind von dramatischen Mittelkürzungen betroffen.

Steigende Energie- und Lebensmittelpreise sowie hohe Mieten belasten insbesondere Menschen mit geringem Einkommen. Ganze Wirtschaftszweige hierzulande sind gefährdet. Krieg und Wirtschaftssanktionen vergrößern weltweit die Armut und den Hunger.

Weite Teile von Politik und Medien bauen Feindbilder auf und militarisieren die Gesellschaft. Flankiert von groß angelegten Werbekampagnen der Bundeswehr, die weder vor Schulen noch Brötchentüten beim Bäcker Halt machen.

Wir sind besorgt um unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Es ist höchste Zeit für Verhandlungen und eine Friedenspolitik in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. Aufrüstung und Eskalation münden im Krieg – schlimmstenfalls im atomaren Inferno.

Wir brauchen friedliche Lösungen. Nur so können die weltweiten Herausforderungen, wie Bekämpfung des Hungers und wirkungsvolle Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen angegangen werden.

### **Wir fordern:**

- Waffenstillstand, Verhandlungen und Diplomatie
- Keine Waffenlieferungen – nicht in die Ukraine, nicht nach Israel und nicht in andere Länder
- Rückkehr zur Entspannungspolitik und zur atomaren Rüstungsbegrenzung
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland und Abzug der US-Atombomben
- Abrüstung statt Aufrüstung

### **Gehen Sie mit uns für diese Forderungen zum Ostermarsch!**

Denn ohne Frieden ist alles nichts.

**Spenden** unter Verwendungszweck „Ostermarschanzeige“ an: Ewald Ziegler, Sonderkonto DE60 3601 0043 0695 2924 37, Postbank Essen.

# OSTERMARSCH ERLANGEN

mit Gästen aus Cumiana

Friedens-  
tüchtig  
bleiben!



**Redner: Dr. phil. Matin Baraki**

Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung  
an der Universität Marburg

**Samstag  
30. März 12:00  
Hugenottenplatz**

anschließend  
Demo zum  
Langemarckplatz



**Montag, 1. April**

## Fürth

- 12:00 Uhr Auftakt am Hiroshima-Denkmal im Stadtpark.  
13:00 Uhr Friedensfahrradfahrt zur Abschlusskundgebung in Nürnberg.

## Nürnberg Mitte

- 14:00 Uhr Auftakt am Rosa-Luxemburg-Platz mit anschließendem Demonstrationzug zur Abschlusskundgebung.

## Nürnberg Süd

- 13:30 Uhr Treffpunkt am Kopernikusplatz mit anschließendem Demonstrationzug zur Abschlusskundgebung.

**15:00 Uhr Abschlusskundgebung am Kornmarkt**

Rede: **Michael von der Schulenburg** (ehemaliger Diplomat OSZE und UN)

Musik: Die Roten Nelken

16:30 Uhr Friedensgebet in der Jakobskirche am Weißen Turm

 Die  
**DKP** - Erlangen  
trifft sich regelmäßig  
vierzehntägig.

Unsere Adressen:  
[info@dkp-erlangen.de](mailto:info@dkp-erlangen.de)  
[www.dkp-erlangen.de](http://www.dkp-erlangen.de)

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE

 **KOMMUNISTEN.TV**

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum  
[www.erlanger-sozialforum.de](http://www.erlanger-sozialforum.de)

Erlanger Bündnis  
für den Frieden  
[www.frieden-erlangen.de](http://www.frieden-erlangen.de)

Friedenspolitischer Ratschlag  
Kassel  
[www.uni-kassel.de/fb5/frieden/  
Welcome.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html)

V.i.S.d.P.:

Werner Lutz  
Nürnberger Straße 45 91052  
Erlangen

**UZ**

**KOSTENLOS TESTEN!**

unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

